

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 32.

Leipzig, den 8. August.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren W. Dolge am Markt, G. Reichert Gaisstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Vokrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Wie der „Staat des deutschen Berufs“ „nationale Politik“ macht. — Italiens Einheit und Freiheit. — Zur Charakteristik der gegenwärtigen Iheuerung und Geschäftsführung. — Aus England. — Festgruß zum deutschen Bundesjubiläum in Wien. — An die Leipziger Gartenlaube. — Beilage: Programm der Internationalen Arbeiter-Association. — Volksversammlung in Wien.

Politische Uebersicht.

Unsere Vermuthung, daß die Usedom'sche Note auf Veranlassung des französischen Kaisers ans Licht gezogen worden, wird durch die Haltung der officiösen Pariser Presse bestätigt. Wie es scheint, beabsichtigt Napoleon, den etwas gelüfteten Schleier jetzt vollends aufzudecken. Aus „verbürgter Quelle“ theilt die „Hessische Volkszeitung“ mit, „in allernächster Zeit sollen französischerseits die Verhandlungen veröffentlicht werden, die vor dem Krieg von 1866 zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Bismarck und von der Goltz, preussischem Gesandten am französischen Hof, bezüglich der deutschen Frage persönlich gepflogen worden sind. Die Veröffentlichung der Usedom'schen Note ist nur ein Vorläufer dieser, wie man sagt, staunenswerthen Enthüllungen. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Lamarmora hat Kenntniß von diesen Verhandlungen; in Salzburg erhielt Herr von Beust die erste vollständige Einsicht in dieselben.“ Die „Hessische Morgenzeitung“ schließt mit der Bemerkung: „Wenn die Nachricht sich bestätigt, können wir uns die „schlaflosen Nächte“ des Einfielers von Barzin erklären.“

Sie wird sich bestätigen. Daß Verhandlungen zwischen Bismarck und Napoleon geführt wurden, um die deutsche Frage im „nationalen“ — französischen und preussischen Sinn — zu lösen, unterliegt nicht dem leisesten Zweifel; ebensowenig, daß es im Interesse Napoleons ist, wenn er einmal mit Preußen brechen will, diese Verhandlungen der Oeffentlichkeit zu überliefern, und dadurch die Sache Preußens von der Deutschlands zu trennen, worauf es Frankreich bei dem bevorstehenden Krieg mit Preußen hauptsächlich ankommen muß. Die Veröffentlichung ist einfach eine Frage der Zeit. Aus dem Vorgehen Lamarmora's, einer notorischen Drahtpuppe Napoleons, sollte man allerdings schließen, die französische Regierung glaube den geeigneten Zeitpunkt bereits gekommen. Indes ist hier daran zu erinnern, daß der französische Staatsminister Rouher schon im verfloffenen Winter auf bedenklliche Anerbietungen Bismarcks hindedeutete, ohne daß ein Bruch erfolgt wäre. Napoleon sucht eben den Krieg, welchen er fürchtet, und bloß aus Furcht vor einem größern Uebel — der Re-

volution — unternommen wird, möglichst lang hinauszuschieben. Es liegt überhaupt in seiner Natur, die ein widerliches Gemisch von persönlicher Feigheit und gewissenloser Rücksichtslosigkeit ist, drei, vier Anläufe zu machen, ehe er den entscheidenden Sprung wagt. Vor dem Staatsstreich des zweiten Decembers war es gerade so; und der schon auf dem Pariser Congreß 1855 beschlossene Italienerkrieg wurde erst in Scene gesetzt, nachdem Orsini durch seine Bomben dem zitternden Kaiser das Gespenst der Revolution Antlitz zu Antlitz gegenübergestellt hatte.

Bezeichnend ist, daß während Graf Bismarck an „schlaflosen Nächten“ laborirt, sein Helfershelfer von der Goltz an einem geheimnißvollen, der ärztlichen Kunst trotzen — Zungenübel leidet, das ihn wohl zwingen wird, seinen Gesandtschaftsposten in Paris aufzugeben. Als historischer Rückblick sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß Graf Cavour in die bekannte Krankheit, welche ihn (mit Hilfe der italienischen Aerzte) zum Glück seines Vaterlandes diesem irdischen Jammerthal entriß, gerade um die nämliche Zeit verfiel, wo Kaiser Napoleon mit Veröffentlichung der Geheimnisse von Plombieres zu drohen begann. Plombieres war das italienische Biarritz, und Cavour hatte sich damals den Zorn Napoleons gezogen, wie heute Graf Bismarck. — — Ob die preussischen Goldschreiber, mit der Usedom'schen Note vor Augen und den Biarritzer Enthüllungen in Aussicht, noch die Stirn haben werden, der deutschen Demokratie gegenüber das nationale Roß zu besteigen, und gar sie des Landesverraths zu bezüchtigen?

In Preußen die alte Leier. Nach der Begnadigung des adeligen und uniformirten Mörders Schewe war — wohl zur Befänstigung des erbitterten Publikums — behauptet worden, das Kriegsministerium habe ihn auf 2 Jahre im Avancement zurückgesetzt. Wie sich jetzt herausstellt, entbehrt dies aller Begründung; — bloß auf die Zeit seiner Haft — wenn man das vergnügungereiche Privatstren auf einer Festung so nennen kann — ist sein Avancement fixirt worden, und, wer weiß, vielleicht avancirt er später um so geschwinder, denn seine durch die „Schimpfereien“ der demokratischen Presse verwundeten Gefühle bedürfen einer kleinen Genugthuung.

Presprozesse und Polizeihexen überall, die kaum vertriebene Hungersnoth wieder anklopfend in Ostpreußen, Jagd auf die „Schandfarben“ Schwarzrothgold in Schleswig-Holstein — so sieht es im „Musterstaat“ aus.

Mittlerweile hat das dort verfehnte Schwarzrothgold Triumphe gefeiert in dem „nicht mehr zu Deutschland gehörigen Wien“. Mit Abrechnung einiger unerheblichen Zwischen-

fälle ist das deutsche Schützenfest über Erwarten gut verlaufen, und von dem „Wiener Schützenparlament“, wie die Feinde es höhnend nennen, wird man noch mit Achtung reden, wenn der „Norddeutsche Reichstag“ sammt dem „Zollparlament“ längst dem Kinderspott, oder gar der Vergessenheit anheimgefallen sind. Natürlich speien die Bismarck'schen Blätter Gift und Galle. Wahrhaft komisch gebehrt sich die nationalliberale „Besserzeitung“. Als „gewissenhafte Berehrerin des Prager Friedens“ will ihr schon der Name „deutsches“ Schützenfest nicht behagen, da Wien ja eine „außerdeutsche“ Stadt sei. Noch weniger behagt ihr „das vollständige Ignoriren des Jahres 1866 und seiner bedeutungsvollen Folgen“. Was sie eben am meisten ärgert, ist, daß man in Wien bloß schwarzrothgold sieht, welches „ein überwundener Standpunkt“ ist, nirgends schwarzweißroth, dieses Symbol der Macht und Einheit, dieses nationale Wahrzeichen“. Lassen wir die „Besserzeitung“ jammern. Wir erblicken in diesem Gewinsel den sichersten Beweis für die Wichtigkeit des großen Nationalfestes.

Von den Reden, die auf dem Schützenfest gehalten wurden, wollen wir hier nur zwei mittheilen, die Eckhardt's, des ehemaligen Redakteurs des „Deutschen Wochenblatts“, und Frese's, Redakteurs der „Demokratischen Correspondenz“.

Einen Toast auf die Schweiz ausbringend, sagte Eckhardt: „Der österreichische Volksstamm hat dieselben Farben, wie die Schweiz das Weiß, die Farbe des Lichts, das Roth, die Farbe des Muths. Die Schweiz ist die Perle Europas, ihre zum Himmel strebenden Berge sind die stärksten Barrikaden der Freiheit. Die Schweiz hat zuerst den Grundsatz verwirklicht, der jetzt sich überall Bahn bricht, die allgemeine Wehrpflicht und Waffenübung als Grundlage der Volksfreiheit. Die Schweiz hat den Streit der Konfessionen durch die Gleichberechtigung Aller geschlichtet, sie hat dem von Napoleon III. eingeführten Nationalitätsschwindel ihre Gauen verschlossen, denn sie weiß, daß eine Nationalität ohne Freiheit Nichts werth ist. Die Schweiz beruht auf dem Princip der Föderation, das Völkrecht der Selbstbestimmung hat diese Burg der Freiheit aufgebaut, sie verabscheuet den romanischen Irrwahn der Centralisation, den Wablspruch der Sklaven. Wir Deutsche in Oesterreich wollen daselbe, wie die Schweizer, darum reichen wir die Hand den Ungarn, welche es erblich mit der Freiheit der Völker meinen, wir reichen sie den unglücklichen Polen, welche so oft für ihre Freiheit gekämpft haben gegen den moskowitzischen Despotismus, wir reichen sie auch den ächten Russen, welche sich gegen die römische Hierarchie erhoben. Die drei Stämme, welche vom Hochgebirge der Schweiz ausströmen, sie verkündigen die Allianz der Völker gegen ihre gemeinsamen Feinde“.

Die Rede Frese's lautete:

„Der dieses schöne Land betrat, der war von einem Gefühl besetzt: Wie, dieses herrliche Land sollte nicht deutsch sein? Losreißen von Deutschland wollte man es? Das wäre Wahnsinn und Verrath an Deutschland! Dieses österreichische Land sollten wir von uns stoßen? Nimmermehr! Jene Partei, welcher Deutschland nicht klein genug ist, verfolgt jetzt das deutsche Fest im deutschen Wien mit ihren häßlichen Verunglimpfungen. Denjenigen, welche dies deutsche Wien der Vernichtung durch wässche Banden preisgeben wollten, sehen wir die Ehre des deutschen Namens entzogen. Dieses Fest hätte keinen Sinn, wenn wir nicht die ernste Freiheitsarbeit folgen ließen. Scheiden wir nicht von dieser Stätte, ohne den feilen Entschluß, wieder zu erringen, was die Bosheit Einzelner uns geraubt hat. So wahr die Oesterreicher und die Deutschen über die Politik des Fürsten Metternich siegt haben, so gewiß werden sie auch siegen über eine Politik, welche uns Freiheit und Vaterland rauben will“.

Ueber eine von vielen tausend Menschen besuchte Volksversammlung, die am Sonntag in Wien statt hatte, verweisen wir auf unseren ausführlichen Bericht (Beilage der heutigen Nummer). Wir heben nur den Beschluß hervor, der unter stürmischer Begeisterung gefaßt wurde. Er lautet: „Die Versammlung verurtheilt die Losreißung Oesterreichs von Deutschland, protestirt gegen die Lösung der deutschen Frage im Wege der Annexionen, und stimmt den Bestrebungen der deutschen Volkspartei zu. Die deutsche Frage kann nur durch das Volk im Anschluß an die europäische Demokratie gelöst werden.“ Außerdem wurde eine Commission zur Orga-

nisirung der deutschen Volkspartei in Oesterreich ernannt. Brav!

Von politischen Ereignissen ist sonst nichts zu vermelden. Es ist, als hätte die Hitze den Menschen die Fähigkeit des Handelns geraubt. Freilich solche Epochen der Ruhe pflegen den Windstille zu gleichen, die mit untrüglicher Sicherheit einen Sturm ankündigen. Die Rügentelegramme von sechs zwischen Türken und bulgarischen Insurgenten, die gewaltigen Rüstungen in Frankreich, eine Protestnote Bessarabiens gegen die russischen Intriguen in Böhmen — das Alles, verbunden mit den angedrohten Biarritzer Enthüllungen, zeigt, daß eine europäische Katastrophe heranrückt. An den Völkern ist es, ihre Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Die Delegation des sechsten Arbeitertages in Wien, welche die Vereinigung aller deutschen Arbeitervereine anstrebt, hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1) „Die Arbeit ist die Quelle alles Wohlstandes, ein Jeder muß seiner Leistung entsprechend bezahlt werden, und auch einen seiner Leistung entsprechenden Gewinn haben. 2) Die Besserstellung des Arbeiters kann nur auf dem Wege der Produktivassoziation erreicht werden. 3) Die Delegirten des sechsten Arbeitertages erklären, daß zur gründlichen Lösung der sozialen Frage einerseits und zur Lösung der Arbeiterfrage insbesondere folgendes notwendig sei, auszusprechen: a) die vollständige Gleichberechtigung aller Staatsbürger durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ohne jedweden Censur; b) die Erlassung eines freien unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes; c) Bewilligung des freien Coalitionsrechtes; d) Aenderung des bestehenden Wehrsystems; e) daß dort, wo eine Produktivassoziation von Arbeitern fremdes Kapital zur Durchführung ihres Zweckes in Anspruch nimmt, der Staat die Verpflichtung habe, diesem Kapital die Zinsen zu garantiren.“ Die Arbeiterdelegation ist mit Ausarbeitung des Programms für den nächsten Arbeitertag beschäftigt, welchem die vorstehenden Beschlüsse vorgelegt werden.

Aus Berlin schreibt man uns von einer eigenthümlichen Auslegung des Vereingesezes durch die Polizei, in Folge deren am 25. Juli eine Sitzung des dortigen Sattler-Vereins aufgelöst wurde. In §. 1 des Gesetzes heißt es: „Beginnt die Versammlung nicht spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige angegebenen Zeit, so ist die später beginnende Versammlung als vorschriftsmäßig angezeigt nicht anzusehen. Dasselbe gilt, wenn eine Versammlung die länger als eine Stunde ausgelegten Verhandlungen wieder aufnimmt.“ — Am 25. Juli die auf 8 Uhr angemeldete Versammlung der Sattler unter Vorsitz von Daul mit der Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung beschäftigt war, wurde eine halbstündige Vertagung beantragt und beschloffen, da viele von den Mitgliedern von einem rechtzeitigen Erscheinen abgehalten wären. Nun erklärte aber der anwesende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst, und äußerte auf den Protest der Vorsitzenden: „Sie haben circa 1 Stunde später eröffnet als angezeigt, beschloffen soeben wegen noch zu schwacher Mitgliederzahl 1/2 Stunde Pause und dies ist ungesetzlich. Ich kenne das Gesetz sehr genau.“ — Seltsamer Weise geschah derselbe genaue Kenner des Gesetzes demselben Verein am 18. Juli, daß die Sitzung, obgleich auf 8 Uhr angemeldet, erst um 9 Uhr eröffnet und sofort bis 10 Uhr vertagt wurde. Was also am 18. Juli in ausgedehntem Maße nach dem Vereingeseze statthaft war, daß war am 25. Juli in viel gering-

gerem Maße ein Grund zur Auflösung! Der „Staat der Intelligenten“ hat seine eigene Polizeilogik.

Aus Bayern ist der Friedens- und Freiheitsliga folgende Beitrittserklärung zugegangen:

Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Friedens- und Freiheitsliga und der Volkspartei in Bayern haben von den in Ihrem Programm aufgestellten drei Sätzen:

- 1) „daß die Religion, als Sache der individuellen Ueberzeugung, den politischen Einrichtungen fremd bleiben und ebenso aus dem öffentlichen Unterrichtswesen beseitigt werden muß, damit die Kirchen nicht mehr die freie Entwicklung der Gesellschaft aufhalten können;
- 2) daß den „Vereinigten Staaten von Europa“ eine Organisation zu Grunde gelegt werden muß, welche auf volksthümlichen und demokratischen Institutionen beruht und zu ihrer Grundlage die Gleichheit der Rechte des Individuums, sowie die Autonomie der Gemeinden und Provinzen in Beziehung auf Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten hat;
- 3) daß das gegenwärtige ökonomische System von Grund aus geändert werden muß, sofern man zu einer gerechten Vertheilung der Güter, der Arbeit, der Ruhe, des Unterrichts und dadurch zu einer vollkommenen Befreiung der arbeitenden Klassen und zur Beseitigung des Proletariats gelangen will; — die Liga verwahrt sich gegen jeden Versuch einer Sozialreform, der von irgend einer despotischen Gewalt ausgehen sollte.“

mit vollster Befriedigung Kenntnis genommen. Wir betrachten dieselbe als den Ausdruck unserer eigenen Meinung und Anschauung in religiöser, politischer und sozialer Beziehung und hoffen, daß diese von Ihnen proklamirten Grundsätze, im Wesentlichen übereinstimmend mit dem Programm Jakob's, bei der deutschen Demokratie neben der Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe, der Einigung Deutschlands auf dem Wege freier Entwicklung, unabhängig von der gegenwärtigen politischen Situation, jene allgemeinen humanitären Ziele in's Auge fassen muß, welche sie zum Unterschied von anderen Parteien als die sozial-demokratische kennzeichnen; und diese Ueberzeugung veranlaßte uns zunächst, Ihrem jüngsten Programm beizutreten.

Bamberg, Fürth, Nürnberg, im Juni 1868.

Dr. Landmann, prakt. Arzt, Dr. Kiderlin, Gabriel Eöwenstein, Bortenmacher, A. Stern, Privatier, in Fürth. — Dr. Hagen, Fürtherkreuzung. — Conrad Rüll, Ludw. Köfel, Fr. Monninger, Sigismund Raumaark in Nürnberg. — Dr. Degen, prakt. Arzt, in Fürth. — Titus, Advokat, Karl Meyer, Privatier, Ad. Schlee, Press, Advokat, J. Ullsch, J. St. Beer, Alb. Funk, Gg. Jagemann, J. Mart. Leicht, Max Kronacher, Wilh. Ullsch, Joh. Feil in Bamberg.

Aus Kassel schreibt man: „Die göttliche Mission Preußens oder das Christenthum und der deutsche Beruf Preußens. Eine Zeitstudie, dem gesammten deutschen Volk an's Herz gelegt von Einem Kurhessen. (Wien, Herzfeld und Bauer. Preis 5 Gr.) Das ist der Titel eines Schriftchens, das in einigen Wochen schon eine zweite Auflage nötig gemacht, und auf welches wir, obgleich wir einen anderen Standpunkt haben, die Aufmerksamkeit der Leser dadurch lenken wollen, daß wir einige Sätze aus dem Vorworte abdrucken. Es heißt darin: „So dehnbar als die Gewissen der preussischen Kreuzzeitungs-Ritter scheint uns doch die christliche Religion nicht zu sein; sie kann nicht heute das als den Willen Gottes ausgeben, was sie gestern noch als Sünde — als „Diebstahl“ oder „Raub“ — verurtheilte. Daß dies in Preußen geschehen, daß man dort heilig spricht, was gestern Diebstahl und Kronraub genannt wurde, dies nachzuweisen, war eine leichte Arbeit, weil die Urtheile der ehemals schlechtweg christlichen, damals noch nicht preussisch-christlichen Kreuzzeitungspartei zu frisch im Gedächtniß ist, weil es noch zu neu ist, daß diese Partei früher die Stütze der Legitimität und des Königthums, die Adaption der Politik Capours für die „Schwächung Deutschlands“ erklärte und in der That in der Geschichte der

Gegenwart das Urtheil sich bestätigt findet. Die Preußen könnten jene Partei heute mit demselben Rechte „die Todtengräber der Legitimität und des Königthums von Gottes Gnaden“ nennen, als wir Kurhessen die Schleppträger dieser Kreuzritter „die Todtengräber des kurhessischen Landrechtes“ betiteln. Beide, die Ritter wie die Schleppträger, haben entsetzlich viel Unheil angerichtet.“ (Wir werden aus der Broschüre, auf welche die preussische Partei eifrig fahndet, gelegentlich einige Auszüge bringen. Anm. d. R.)

Wie der „Staat des deutschen Berufs“ „nationale Politik“ macht.

Am 19. Juni 1866, an demselben Tage, am welchem Lamarmora in seiner Eigenschaft als Generalstabschef der Armee den Obersten Bariole beauftragte, dem Erzherzoge Albrecht die Kriegserklärung zu überbringen, empfing er vom Herrn Grafen von Uedom, dem Gesandten Preußens, eine vom 17. desselben Monats datirte Note. Der Wortlaut derselben war folgender:

Florenz, 17. Juni 1866.

Sr. Excellenz dem Ministerpräsidenten General Lamarmora in Florenz.

Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Sr. Maj. des Königs von Preußen hat die Ehre, Sr. Exz. dem Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, General Lamarmora, folgende Bemerkungen vorzutragen:

In wenigen Tagen werden Italien und Preußen in ihrer gemeinschaftlichen Sache gegen Oesterreich zu den Waffen greifen. Die Regierung des Königs, meines allerhöchsten Herrn, sieht es demnach als durchaus dringlich an, jetzt schon das strengste Einverständnis und das kräftigste Zusammenwirken in den beiderseitigen militärischen Bewegungen festzustellen. Wenn ihnen von Anbeginn an durch die Entfernung eine gemeinschaftliche Aktion auf demselben Kriegsschauplatz nicht gestattet ist, so muß man dies durch gleichzeitig geführte Schläge zu ersetzen suchen. In dieser Weise angegriffen, wird Oesterreich von vorn herein seine Streitkräfte theilen müssen und dieselben Reserven niemals bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hin verwenden können. Endlich werden die geführten Schläge nicht auf dem Schlachtfelde allein, sondern auch weitbin fühlbar werden. Zunächst ist die königl. Regierung überzeugt, daß der Eröffnung der Feindseligkeiten in Deutschland sofort die italienische Kriegserklärung folgen werde. Preußen kennt die loyale Gesinnung der Regierung des Königs Victor Emanuel zu genau, um daran zu zweifeln. Allein diese Solidarität und diese gleichzeitige Aktion müssen, nach der Ansicht der preussischen Regierung, während des ganzen Verlaufs des Feldzuges ständig sich kund geben; als gute Allirte müssen die beiden Mächte ihren betreffenden Operationen ein fortwährendes und gegenseitiges Interesse widmen. Dieses Bestreben wird, wie Preußen es gern voraussetzen will, von Seiten der italienischen Regierung gebilligt und getheilt werden.

Das Kriegssystem, welches Preußen für den nächsten Feldzug Italien vorschlägt, ist das eines gründlichen Krieges (guerra à fond). Sollte den beiden Allirten von Anbeginn an das Waffenloos günstig sein, so würden sie sich nicht durch dazwischenliegende Ereignisse aufhalten lassen, sondern vielmehr suchen, ihren Gegner bis in seine letzten Verschanzungen und in seine letzten Hülfsmittel zu drängen.

Sie würden sich, nach einem Siege, nicht damit begnügen, dieses oder jenes Gebiet zu besetzen, welches sie in Folge eines günstigen Friedens würden behalten können. Im Gegentheil und ohne Rücksicht auf die zukünftige Gestaltung der Territorien werden sie vor Allem den Sieg endgültig entscheidend, vollständig und unwiderruflich zu machen suchen. Eine solche, durch vereinte Anstrengung dem Gegner beigebrachte Niederlage würde einem jeden Allirten, je in seiner Erbäre, einen moralischen und politischen Einfluß, der weit über den gleichfalls etwa daraus sich ergebenden materiellen Gewinn sich erstreckte, verleihen.

So wird Preußen sich um die Hindernisse, welche die Kunst oder die Natur ihm von Linz bis Krakau entgegenstellen, nicht kümmern dürfen: es wird seinen etwaigen Erfolg entschlossen bis gegen Wien verfolgen.

Was die gleichen Operationen der italienischen Streitkräfte anbetrifft, so würde man sich nicht mit einer Belagerung des Viennese ab-

geben, sondern man würde dieses lieber durchschneiden oder umgehen, um den Feind im offenen Felde zu schlagen. Es besteht nur geringer Zweifel darüber, daß, namentlich in Anbetracht der numerischen Ueberlegenheit, die italienische Armee sich in kurzer Zeit im Besitze des venetianischen Landes befinden werde, Venedig, Verona und Mantua ausgenommen, deren Garnisonen neuerdings durch Beobachtungscorps von beträchtlicher Stärke im Schach gehalten werden müßten.

Jedenfalls werden die italienischen Generale die besten Richter über die fraglichen Operationen sein. Um jedoch durchweg gleichmäßig mit Preußen voranzugehen, darf sich Italien nicht damit begnügen, bis an die nördlichen Grenzen Venetiens vorzudringen: es muß sich mit Preußen an dem Mittelpunkte der kaiserlichen Monarchie selbst begegnen; kurz, es muß auf Wien marschiren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, muß es vorerst die österreichische Macht ins Herz getroffen haben.

Welches würden die Folgen sein, wenn Italien in Udine oder Belluno seine militärische Aktion abgrenzen und sich alsdann mit der Belagerung der festen Plätze beschäftigen wollte? Es würde unvermeidlich den ganzen Feldzug aufhalten, denn es würde der österreichischen Armee gestatten, sich ruhig nach dem Norden zurückzuziehen, um die kaiserlichen Waffen gegen Preußen zu verstärken. Vielleicht mit Hilfe Bayerns könnten diese vereinigten Streitkräfte der preussischen Offensive Halt gebieten und sie auf eine gezwungenen Defensiven zurückführen. So würde man nach Einbuße der Ergebnisse der vorher errungenen Erfolge vielleicht einen Frieden schließen, der, eben so für Preußen, wie für Italien, keineswegs den ursprünglichen Ideen, noch den unerwünschten Opfern, die man sich aufserlegt, entsprechen würde. Um diese traurige Eventualität fern zu halten, welche früher oder später die Allirten ihr Werk wieder aufzunehmen nöthigen würde, glaubt Preußen nicht stark genug auf der Nothwendigkeit bestehen zu können, von beiden Seiten die Offensive bis aufs äußerste, d. h. bis unter die Mauern der Hauptstadt zu treiben. Nehme man für einen Augenblick die entgegengesetzte Möglichkeit an und fasse man insbesondere die Lage Preußens ins Auge, so hätte diesem in der That die Mitwirkung Italiens mehr geschadet, als dessen absolute Neutralität. Die Neutralität hätte wenigstens eine ganze österreichische Armee in dem Bireck zurückgehalten und zum Vortheile Preußens labm gelegt. Die siegreiche, aber übel verstandene und in ihrem Laufe aufgehaltene Mitwirkung würde diese nämliche Armee gegen Preußen hin zurückdrängen, und dieses hätte weniger Ausichten mit als ohne seine Allianz mit Italien. Allein die Regierung des Königs, meines allerhöchsten Herrn, verläßt sich mit volstem Vertrauen auf die Loyalität ihres Allirten, um jede Möglichkeit einer solchen Eventualität auszuschließen. Immerhin aber könnte, in strategischer Beziehung, der Marsch der italienischen Armee auf Wien gefährlich erscheinen. Die Operationslinie dürfte zu lang gestreckt, die Hilfsquellen dürften zu weit entfernt erscheinen. Allein in dem Maße man sich der preussischen Armee nähert, verschwindet die Gefahr, und der schließliche Sieg wird immer wahrscheinlicher.

Uebrigens giebt es noch ein unfehlbares Mittel, um den beiden Armeen das thätigste Zusammenwirken auf einem gemeinsamen Gebiete zu sichern: dieses Gebiet ist Ungarn.

Die preussische Regierung hat kürzlich die ungarische Frage sorgfältig studiren lassen. Sie hat die Ueberzeugung erlangt, daß, gleich als Verbindungsglied und als strategischer Stützpunkt dienen kann. Man entsende z. B. nach der Dinküste des adriatischen Meeres eine starke Expedition, welche in Nichts das Hauptbeere schwächen würde, weil man sie zum größten Theil aus den Reihen der Freiwilligen bilden und unter die Befehle des Generals Garibaldi stellen würde. Nach allen Mittheilungen, die der preussischen Regierung geworden sind, würde eine solche Expedition eine überaus herzliche Aufnahme bei den Slaven und bei den Ungarn finden. Sie würde die Flanke der gegen Wien vorrückenden Armee decken und ihr die Mitwirkung und die Hilfsmittel jener weiten Landstriche eröffnen. Dagegen werden die kroatischen und ungarischen Regimenter der österreichischen Armee sehr bald gegen Heere sich zu schlagen weigern, die in ihren eigenen Ländern als Freunde aufgenommen worden sind. Von Norden über die Grenzen des preussischen Schlesiens könnte ein, so weit wie möglich, aus nationalen Elementen gebildetes fliegendes Corps*) in Ungarn eindringen und sich mit den italienischen Truppen, so wie den sofort sich organisirenden nationalen Streitkräften vereinigen. Oesterreich würde in dem Maße verlieren, in dem wir gewinnen, und die Schläge, die

*) Man wird sich erinnern, daß damals thatsächlich in Schloffen von einem adeligen Herrn der Versuch gemacht wurde, ein solches Freicorps zu bilden. Natürlich leugneten es damals die wahrheitsliebenden offiziellen Blätter Preußens. Auch Alapka bildete dort sein ungarisches Freicorps.

alsdann auf Oesterreich niederfielen, würden nicht mehr seine einzelnen Glieder, sondern sein Herz treffen.

Aus allen diesen Gründen legt die preussische Regierung einen hohen Werth auf die ungarische Frage und auf die mit dem italienischen Verbündeten auf diesem Boden kombinierte Aktion. Sie schlägt dem Florentiner Kabinet vor, gemeinschaftlich die Kosten zu tragen, welche zur Vorbereitung des Empfanges der angegebenen Expeditionen und der gesicherten Mitwirkung jener Länder selbst nothwendig sind.

Dies ist die allgemeine Idee des Feldzugsplanes, die der Unterzeichnete, den Weisungen seiner Regierung gemäß, dem italienischen Kabinet vorzulegen sich beehrt. Je mehr dieser Plan auf allgemeinen Interessen Anwendung findet, je mehr er das gegenseitige Näherbeide der Armeen behufs einer gemeinsamen Aktion sichert, desto mehr schmeichelt sich die Regierung des Unterzeichneten, daß er bei der italienischen Regierung eine sympathische Aufnahme finden und mächtige zum Erfolge des großen Unternehmens beitragen werde.

Indem der Unterzeichnete Se. Excellenz den Herrn General Garmora bittet, ihn baldmöglichst mit einer Antwort beehren zu wollen, fühlt er sich gedrungen, ihn seiner vollkommensten Hochachtung zu versichern.

U. S. d. m.

Italiens Einheit und Freiheit.

III.

Die Aktionspartei ist natürlich vollständig berechtigt, den Einheitsstaat zu erstreben. Auch Mazzini will ihn, „innerhalb der natürlichen Grenzen“ der Halbinsel, wie sein jüngstes Manifest im Gegensatz zu dem italienischen Rationalitätsschwindel betont. Aber dann war es die Pflicht der Aktionspartei, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die nöthigen Grundlagen geschaffen wurden, auf denen sich die Freiheit innerhalb des Einheitsstaates erheben konnte. Das hat sie verabsäumt, beharrt von dem Wahne, als käme der freiheitliche Ausbau des Staates Zeit genug, wenn nur erst alle Theile der Halbinsel unter dem Scepter Viktor Emanuels vereinigt wären. Die Folgen dieses Berraths an dem Freiheitsgedanken sind denn eben jene fürchterlichen Zustände, wie wir sie in dem ersten Aufsatze geschildert haben.

Liefert aber das Bündniß der Demokratie mit der Königsgewalt zur Herstellung der nationalen Einheit das Ergebniß, daß es in Italien weder Freiheit noch einen Schutz der Person und des Eigenthums giebt; so sehen wir auf der anderen Seite, daß auch die staatliche Einheit unerreicher ist, wenn sie nicht von der Freiheit ausgeht. Man wird einwenden, daß es der staatlichen Einheit nur noch an dem römischen Gebiet mangelt. Aber Rom ist Frankreich, und das Mißlingen aller bisherigen Putschs hat unwiderleglich dargethan, daß der Einheitsgedanke nicht Kraft genug besitzt, die Franzosen aus Rom hinauszuerwerfen. Der französische Galvanismus kann überhaupt nicht in Rom, sondern nur in Paris überwunden werden, und zwar nur durch die Revolution.

Die Hoffnung der Italiener, durch ein Bündniß mit Preußen die ewige Stadt zu erhalten, wie Venetien, erscheint als eine schlimme Täuschung. Nehmen wir selbst den höchst unwahrscheinlichen Fall an, daß Preußen in einem Kriege mit Frankreich Sieger bliebe, so würde es sich trotzdem gar nicht in der Lage befinden, Rom dem König Ebreumann zum Geschenk zu machen, es sei denn, daß es, wie einst die deutschen Kaiser, zu einem Zuge über die Alpen sich entschloße. Höchstens könnte Italien in einem solchen Glücksfall Nizza und Savoyen zurückgewinnen. Die Savoyarden würden freilich, wenn man ihnen freie Wahl ließe, lieber an die Schweiz sich anschließen, als zu der frühern Herrschaft zurückkehren, von der sie eben so stiefmütterlich behandelt worden sind, wie etwa Dänemark von seinem Herrscherhause. Der Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich, in welchem Italien sich nicht neutral verhielte, würde nur das Signal zum Abfall des Kö-

nigreichs beider Sicilien geben, und was in Venetien geschehen dürfte, ist unberechenbar. Auch hier hat die Regierung Viktor Emanuels die Geister rasch ernüchert und zu der Erkenntniß gebracht, daß Einheit und Freiheit zwei sehr verschiedene Dinge sind. Bei einem Krawall, der jüngst in Venedig stattfand, hörte man den bedenklichen Ruf: „Unter Oesterreich hatten wir es besser!“ In Neapel aber ist die Anarchie zu einer Höhe gestiegen, daß Franz II., Murat, die Republik, kurz jeder Herrscher und jede Regierungsform, welche Befreiung von dem piemontesischen Regiment verheißt, mit Jubel aufgenommen werden würde.

Napoleon, dessen wiederholt geäußerte Absicht auf Italien eine föderative Dreitheilung ist, wie er eine solche auch in Bezug auf Deutschland im Auge zu haben scheint, hat durch ein Abkommen mit Spanien die Allianz zwischen Preußen und Italien lahm gelegt, und diese Erkenntniß mag es denn wohl sein, welche den Kronprinzen Humbert an Gmü, wo sich König Wilhelm befindet, vorüber dampfen ließ, nachdem der Versuch Preußens gescheitert war, durch eine Vereinigung sämmtlicher liberalen Elemente Spaniens die Königin Isabella zu beseitigen und in deren Schwester, der Prinzessin von Montpensier, das Haus Orleans auf den Thron zu setzen. Das Abkommen mit Spanien gestattet Napoleon im Kriegsfall seine Truppen bis auf den letzten Mann aus Rom herauszuziehen. Spanische Regimenter würden deren Stelle einnehmen, spanische Regimenter entweder die Rückkehr Franz II., oder den Einfall des Prinzen Murat in Neapel unterstützen, wenn ihnen nicht, was wahrscheinlicher ist, die republikanische Bewegung unter Mazzini den Vorsprung abgewinnen sollte, und statt die Einheit Italiens zu vervollständigen, sähe sich Viktor Emanuel genöthigt, das, was er schon einmal besaß, noch einmal zu erkämpfen.

Ob Viktor Emanuel als Sieger aus diesen Kämpfen, die jede Aktion nach Außen unmöglich machen, hervorgehen würde, muß nach der Verfassung der italienischen Armee bezweifelt werden. In derselben Kammer Sitzung, in welcher General Lamarmora seine Interpellation wegen des preussischen Generalstabberichts über den Feldzug von 1866 ankündigte — es war am 10. Juli — brachte der Deputirte, Linienschiffs-Kapitän Moldini den Zustand der italienischen Armee zur Sprache. Anknüpfend an die in Folge der Schlacht von Lissa angeordnete Untersuchung über den Zustand der italienischen Kriegsflotte, hob er hervor, daß nach dem Ausspruche der Sachverständigen die den italienischen Kriegsschiffen während der Schlacht beigebrachten Beschädigungen keine solche gewesen, welche nicht hätten leicht ausgebeßert werden können, und daß der traurige Zustand der italienischen Kriegsflotte daher keine Folge des Jahres 1866 sei, sondern in dem unglaublichen Schlandrian und den Mißbräuchen der Flottenverwaltung liege. Er müsse erklären, daß es ihm unbegreiflich sei, wie der Minister Rattazzi mit solchen Mitteln, wie sie damals vorhanden gewesen, mit einer Armee und einer Flotte, die sich in einem solchen Zustande befunden, wie dieses bei der italienischen Flotte thatsächlich der Fall gewesen, eine so kede Politik habe treiben können. Zur Zeit der Katastrophe von Montana hätten, um nur von der Flotte zu reden, die zur Aktion bestimmten Schiffe noch an denselben Beschädigungen gelitten, welche sie in der Schlacht bei Lissa erhalten hatten. Es fehlten Masten; die während der Schlacht von Lissa in Eile und provisorisch vorgenommenen Nothreparaturen der durch die feindlichen Geschütze erlittenen Beschädigungen der Schiffe epirirten noch; die bei Lissa schadhaft gewordenen Dampfmaschinen wären noch nicht ausgebeßert, kurz die Flotte wäre in dem traurigsten Zustande und könnte sich nie vereinigen. Von den 22 Panzerschiffen der Flotte seien 7 im Bau begriffen, andere total unbrauchbar, so daß die Panzerflotte

thatsächlich um 2 Panzerfregatten schwächer sei, als im Jahre 1866. Er kritisirte dann den Zustand einiger der größten und kostspieligsten Schiffe und kam zu dem Schlusse, daß dieselben so viel wie gar nichts taugten. Das Land solle sich nicht dem falschen Wahne hingeben, daß die italienische Flotte 100 Schiffe besitze, während kaum der vierte Theil wirklich vorhanden und brauchbar wäre. Der Marineminister unter Rattazzi, wie der gegenwärtige, Vice-Admiral Ribotti, hatten als Antwort nur Entschuldigungen und Versprechungen. Daß es mit dem Zustande der Landarmee nicht besser sei, hat der kühne Schiffskapitän im Vorbeigehen hervorgehoben. Wir wollen nur eine Thatsache hinzufügen. Als vor ungefähr 14 Tagen ein englisches Kriegsschiff in den Hafen von Ancona einlief, konnten von der Festung, einer Hafenseftung ersten Ranges, die Salutschüsse nicht erwidert werden — weil kein Geschütz vorhanden war.

Eine solche Armee ist natürlich schon geschlagen, sobald sie nur ins Feld rückt, wie es Preußen 1850 gegen Oesterreich erging, als der Minister Manteuffel das geflügelte Wort erfand: „Der Starke weicht einen Schritt zurück.“ Daß Rattazzi 1867 gar nicht an einen Krieg mit Frankreich dachte, sondern nur die Wiederherstellung des napoleonischen Einflusses in Florenz bezweckte, ist schon erwähnt worden. Wo aber sind die Millionen hingekommen, welche dem Volke fortwährend abgepreßt worden sind, um Heer und Flotte in kriegsbrauchbarem Stande zu erhalten? Die Italiener werden sich bei der Kritik des Deputirten Moldini vermuthlich erinnern haben, wie oft sie von ministeriellen Lippen das Wort zu hören bekamen: „Die Einheit ist theuer.“

Aber selbst wenn der Zustand der Armee ein vortrefflicher wäre, so bleibt die Thatsache bestehen, daß die Regierung Viktor Emanuels unfähig gewesen ist, der durch das Schwert zusammengeschweißten Einheit einen Halt zu geben, daß die Unzufriedenheit der annektirten Provinzen eine allgemeine ist, und daß sie sich sehnen, das Joch Piemonts abzuwerfen. Italien, wo die Bedingungen so außerordentlich günstig waren, viel günstiger als sie Preußen 1866 vorfand, beweist die Unmöglichkeit, den Einheitsstaat auf das Prinzip des Absolutismus, mag er sich auch in die blinkendsten Phrasen des Konstitutionalismus hüllen, zu gründen. Der monarchische Einheitsstaat steht dort vor dem Bankrott. Die nationale Einheit sicher zu stellen, die Pläne Napoleons zu durchkreuzen und Rom zu gewinnen, giebt es nur ein Mittel: die Proklamation der Freiheit — die Republik. An dem Tage, an welchem die Idee Mazzini's in den Geistern triumphirt und Italien in der Freiheit die naturgemäße Basis der Einheit erkennt, wird auch das Parlament in Rom sich versammeln.

Nach einem kürzlich veröffentlichten Briefe Garibaldi's an Mazzini zu urtheilen, scheint auch dieser alte Kämpfer endlich zu der Ueberzeugung zu kommen, daß er, trotz seines rothen Hemdes, nichts als monarchische Eroberungspolitik getrieben habe. Er hat diese Erkenntniß schwer erkauft, aber bei der politischen Unreife, in welcher das Jahr 1859 das italienische Volk fand, wollen wir mit ihm und der Aktionspartei nicht weiter rechten, daß sie 9 Jahre zu der Einsicht brauchten, daß das Heil der Demokratie nimmer von der Krone kommen kann. Es ist ein Glück, das Lamarmora die preussische Depesche veröffentlicht hat, in welcher die italienische Armee behandelt wird, als ob sie Preußens Schuttpuget wäre. Sie zeigt den Italienern, was es mit „Preußens Uneigennützigkeit“ auf sich hat, womit die Regierung bisher die Aktionspartei geködert hatte. Daß in Folge der Veröffentlichung jener Depesche die thatsächlich angebahnte Verständigung zwischen Berlin und Wien unmöglich geworden, wird sie wohl von der Rich-

tigkeit des alten Sprüchwortes überzeugt haben: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Preußen, welches seinen „deutschen Beruf“ darin findet, eine auswärtige Macht zur Zerstümmung Oesterreichs einzuladen, würde natürlich mit noch weniger Gewissensbissen diese fremde Macht, Italien, größeren Vortheilen aufzuopfern bereit sein. Hoffen wir, daß der nationalliberale St. Veitsstanz der Aktionspartei vorüber ist und die Verständigung mit der republikanischen Partei sich vollzieht. Darin allein liegt Italiens Rettung aus der Anarchie, in die es versunken ist, weil es bisher ein Raubstaat war, statt ein Freistaat zu sein.

Zur Charakteristik der gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung.

(Schluß.)

Die Leiden der arbeitenden Klassen in physischer, moralischer und politischer Hinsicht nehmen also ihren Ausgang vorwiegend nur aus dem materiellen Unvermögen, die von Zeit zu Zeit in übergroßem Maße an sie gestellten Forderungen in Baarkapital zu befriedigen, weshalb die Arbeiter immer wieder von Neuem trotz Produktivgenossenschaften in eine gewisse Erwerbsunfähigkeit zurücksinken, deren Grund aber leider nicht genügend erkannt oder gewürdigt zu werden scheint, so daß sogar die sogenannte Darwin'sche Theorie vom Kampf um das Dasein auch in Betreff der Menschen für zutreffend und ganz natürlich, und der Getreidepreis als Regulator für deren Entwicklung gilt, während doch nichts als eine übelberathene Wirtschaft und der Mangel eines zweckentsprechenden Tauschmittels — das aber nicht zugleich Selbstwerth sein darf, als solcher begehrt und dem Verkehr entzogen werden kann, wie das Metallgeld — die Menschen hindert, sich nach den verschiedenen Richtungen hin naturgemäß zu entwickeln, ihre Fähigkeiten zu entfalten und auszubilden, ihre geistigen und leiblichen Kräfte für Gewinnung ihres täglichen Brodes zu gebrauchen, die geistigen Errungenschaften zu einem Gemeingut zu machen und in jeder Hinsicht ihrem Ideale immer näher zu kommen.

Ein feierndes, hungerndes und stierendes Volk kann aber auch unmöglich zugleich ein intelligentes und politisch freies werden; ein intelligentes Volk aber muß eher seine materielle Wohlfahrt wahren und sich Arbeit und durch seine Arbeit Brod verschaffen können, als ein geistig und leiblich verkommenes oder noch unentwickeltes; es muß sich eher helfen können als dieses, und diese Hilfe liegt uns auch näher als wir selbst glauben. Sie liegt einestheils in der Gesetzgebung und, wenn auf diese das Volk keinen entscheidenden Einfluß hat, unmittelbar in des Volkes eigener Hand. Zunächst sind die Consum- und Produktivgenossenschaften der beste Weg, vorausgesetzt, daß erstere nicht zum Geldsparen und letztere nicht zum Geldverdienen da sind, wohl aber, daß die Consumvereine ein sicherer Kundenkreis sein sollen für die Produktivvereine, ohne Metallgeld als Medium oder als Unterpfand für noch nicht vollendete Tauschoperationen. Wir erinnern hier an die „Pioniere von Rochdale“, welche in ihrer Vereinigung produktiv und konsumtiv zugleich sind, indem sie sich die Bedürfnisse ihres Lebens als die natürlichsten und besten Wegweiser für ihre Unternehmungen dienen lassen, und sie in Befriedigung ihrer Bedürfnisse Absatz und Verwerthung ihrer eigenen Erzeugnisse finden, wodurch die nachtheiligen Folgen der Geld- und Creditwirtschaft und des Zwischenhandels bei ihnen paralysirt werden. Diesem Umstande, außer ihrer Thatkraft, haben sie ihre staunenswerthen Erfolge zu danken. Ob sie dies auch erkannt haben? Sie

beschäftigen seit längerer Zeit Lohnarbeiter, denen sie einfach Lohn in Geld auszahlen, dessen Höhe durch die Konkurrenz sich regelt, wodurch sich natürlich auch die Kaufkraft dieser Arbeiter moderirt. Wenn nun diese Arbeiter noch anfangen von diesem Gelde zu sparen, werden jene „Pioniere“ auch dann noch mit denselben Vortheilen ihre Produkte an alle Mitproduzenten absetzen können, wie vordem, und auch jetzt noch unter sich selbst? Oder muß nicht der Verkauf ihrer Produkte in gleichem Maße sich wieder beschränken als sie Vortheil ziehen aus der Konkurrenz unter ihren Arbeitern und deren vermindernten Löhnen?

Um nun auch unsererseits nicht an den Folgen der Geldwirtschaft leiden oder gar untergehen zu müssen, glauben wir ganz besonders in Zeiten allgemeinen Arbeitsmangels auf alle Arbeitsgebieten, namentlich auf dem Gebiete der gewerblichen Branchen oder Hausindustrien und dem des Fabrikbetriebs auf genossenschaftlichem Wege, wie bereits ausgesprochen, einen unmittelbaren Austausch unserer Arbeitserzeugnisse unter sich selbst, die Gründung von vereinigten Verkaufsstellen für verschiedenartigsten gewerblichen und Fabrikationsprodukte und die Ausgabe von „Waaren-Werth-Scheinen“ als Voranschuss für die eingelieferte Arbeitsprodukte und zum Ausgleich für die untheilbaren unter einander empfehlen zu dürfen; der Vortheil dieses neuen Tauschmittels aber dürfte ungefähr folgender sein: „Gegen Rückgabe dieses, für eingelieferte Arbeitsprodukte erhaltenen Scheines kann sich der Inhaber bei unserer vereinigten Verkaufsstelle Arbeitsprodukte im Werthe von ... zu den festgesetzten Preisen wieder auswählen.“

Einige in die Augen springende Vortheile solcher vereinigter Verkaufsstellen mögen hier noch angeführt werden.

Die Zeiten mögen gut oder schlecht sein, es mag Krieg sein oder Frieden: die Beteiligten werden doch immer Bedürfnisse nach gewerblichen Erzeugnissen haben, zu deren Befriedigung sie gegenseitig für einander sich beschäftigen können. Arbeitsmangel wird unmöglich sein, so lange noch Bedarf irgend einem Artikel herrscht; der Verdienst wird hierbei nie eine andere Gestalt annehmen. Die Verhältnisse des Weltmarktes werden ohne nachtheilige Einflüsse auf die Entwicklung der Industrie sein, wie überhaupt nicht erst jahrelange große Summen baarer Geldmittel zum Betrieb industrieller Unternehmungen aufgespart zu werden brauchen, indem der rasche Austausch der materiellen Güter durch Ausgabe solcher Waaren-Werth-Scheine direkt gefördert wird, indem sie, als Zahlungsmittel unter den Beteiligten verwandt, Waaren repräsentiren, die verkauft werden sollen. Die Konkurrenz wird natürlichen Schranken gehalten und die Arbeitstheilung Großen und Kleinen beibehalten, gepflegt und sogar der Nachtheil noch vermehrt, ja die besten auf Gegenseitigkeit beruhenden Beziehungen zwischen Produzenten und Consumenten hergestellt und unterhalten werden können. Der mehrfache Betrag der circulirenden Waaren-Werth-Scheine kann stets die Auswahl in Verbrauchswerthen bei der vereinigten Verkaufsstelle als Deckung vorhanden sein; die Konkurrenz wird durch das Bedürfnis und jeder Nachfrage möglichst zuvorzukommen werden und können dann diese Waaren-Werth-Scheine möglicherweise auch zuweilen als Entgelt für Verzehrgegenstände oder Wohnungsmiethen verwendet werden. Vermehrte Produktion wird nicht Verheerung, sondern zunehmender Wohlstand zur Folge haben. Diejenigen Beteiligten, die ihre Sachen bis zu einer gewissen Zeit nicht verkauft und die entnommene Vorschüsse dadurch nicht gedeckt worden können ihre Sachen gegen Rückgabe von Waaren-Werth-Scheinen einfach zurücknehmen. Das aus den Gewerben herausbildende und zumeist in einzelnen Händen sich befindende

Fabrik und ei
Ueberg
schäftli
der Bo
verlust
ihrem
emanzi
von d
imme

Städte
Verkehr
Werth-
Produkt
licher
Dienstl
erreicht
U
der Ba
verfah
aber er
Kritik
sum,
Volker

D
dem B
Gesetz,
als das
besser ü
wollte,
Tory-
Whigs
folgend
schen I
merkton
such ei
schlager
Signal
tabifal
formbi
genug,
treten i
zu sche
der Ha
Jahre
mentari
nur no
er und
seinen
lustig
bürgerl
Hofnu
Wahl e
näre,
fortsch
beschlo
benzeit
hatt do

Fabrikwesen, welches mit einem Fuße auf dem Proletariat ruht und ein Hauptmoment des Industrialismus bildet, wird sein Uebergewicht über kleine gewerbliche und namentlich genossenschaftliche Unternehmungen verlieren, ohne daß die Menschheit der Vortheile des Industrialismus und des Maschinenwesens verlustig gehen, noch weniger aber die fortschreitende Welt in ihrem Laufe aufgehalten werden könnte. Die Frage der Frauenemanzipation wird ihrer Lösung näher gerückt, und die Theorie von dem auf Gegenseitigkeit beruhenden Rechte auf Arbeit immer mehr geklärt werden.

Durch Gründung solcher Vereine in allen deutschen Städten nach einheitlichem Prinzip und mit entsprechendem Verkehr unter einander wird der Tauschwerth dieser Waarenwerth-Scheine sich um ein Bedeutendes vermehren, die heimische Produktion gegenüber der ausländischen sich bei allen freihändlerischen Bestrebungen von selbst schützen, Arbeitsmangel, Vertienstlosigkeit und Verkommenheit aber ihr baldiges Ende erreicht haben.

Ueber die zeitgemähesten Bestrebungen auf den Gebieten der Baugewerbe und der Landwirthschaft mag es uns noch verstatet sein, in nächster Zeit uns zu verbreiten, inzwischen aber empfehlen wir unsere obigen Vorschläge einer geneigten Kritik seitens aller Arbeiter-, Fortbildungs-, Produktiv-, Consum-, Frauenerwerbs- und Volksvereine, so wie aller für das Volkwohl sich aufrichtig Interessirenden.

Aus England.

London, den 3. August.

Die letzte Session des letzten Parlaments, welches nach dem Wahlgesetze von 1832 gewählt wurde, ist geschlossen. Jenes Gesetz, das von der regierenden Fraktion der begüterten Klasse als das Ultimatum vindicirt ward, hat kaum seine Geburtshelfer überlebt. Palmerston, der um jeden Preis Minister sein wollte, und vor 38 Jahren zu der Einsicht gelangte, daß die Tory-Herrschaft zu Ende sei, ging damals zu den reformirten Whigs über. Nachdem die Whigs 1848 ihren letzten politischen Trumpf gegen die Chartisten ausgespielt und in den folgenden 3 Jahren politisch ohnmächtig geworden, spielte Palmerston 14 Jahre lang mit der Reformfrage, um jeden Versuch einer Veränderung (Verbesserungen wurden nicht vorgeschlagen im Parlament) zu vereiteln. Sein Tod war das Signal zu der jüngsten Reformbewegung. Brougham, das radikale Wunder von Heinrich Heine, der durch die 32ger Reformbill in den Adelsstand erhoben ward, lebte gerade lange genug, seine politischen Gegner als Parlamentsreformer aufzutreten und eins seiner Lieblingswerke als unzureichend beseitigt zu sehen. Russell, poor little Johny (der arme, kleine John), der Haupttrübsalshüter in der damaligen Reformbewegung, der Jahre lang das Gesetz von 1832 als das Ende vom parlamentarischen Reformliede erklärte, hat sich überlebt. Er bildet nur noch das fünfte Rad am Staatswagen der liberalen Partei; er und seine persönlichen Freunde sind politisch todt, er dient seinen Gegnern im Oberhause nur noch, um sich über ihn lustig zu machen. Gladstone, ihre letzte Stütze, muß sich dem bürgerlichen Radikalismus in der Arme werfen, oder seine Hoffnungen aufgeben. Es wird dieses durch die bevorstehende Wahl entschieden werden. Charakteristisch ist, daß die Reaktionsäre, welche die Bill von 1867 passirten, sich nicht, wie die Fortschrittsmänner von 1832 einbildeten, ein endgiltiges Gesetz beschlossen zu haben. Disraeli hofft nur, daß während seiner Lebenszeit keine weiteren Neuerungen nothwendig werden. Anstatt das Bestehende als das Beständige zu erklären, erklärt

er die Beweglichkeit und Unhaltbarkeit des Bestehenden als das Beständige. Disraeli hat am Schluß der Session Balsam in die klaffenden Wunden gegossen, welche seine beißend witzige Zunge seinen Gegnern während der Session geschlagen. Nach altem Brauch giebt der Oberbürgermeister von London jedes Jahr dem Ministerium und den Hauptgrößen des Parlaments ein Festmahl kurz vor Schluß der Session. Bei dieser Gelegenheit sprach sich Disraeli vor einigen Tagen sehr schonend aus. Er sagte, wenn sich die gegenüberstehenden Parteien im Parlamente zuweilen unansändiger Ausdrücke gegen einander bedienen, so darf man das nicht betrachten als einen wirklichen Zwiespalt, es ist vielmehr nur wie ein Wortwechsel zwischen Mann und Weib; wir erlauben uns gewisse Freiheiten, die keinem Dritten etwas angehen, wehe denen, die glauben sollten, sie könnten sich in unsern Worthader mischen; sie würden uns, wie Mann und Weib, gegen jeden Eindringling vereint finden. Also Dich, Volk da draußen, geht unser Haber nichts an. Wir sind die Inhaber des Staats und der Gesellschaft; wenn wir uns darum streiten, wer den Staatsbalg scheeren soll, so geht Euch das nichts an, denn geschoren werdet Ihr doch, es handelt sich nur darum, ob Ihr liberal oder konservativ geschoren werden sollt.

Die weitest gehenden Politiker sind bereits zu der Ueberzeugung gelangt, daß das nächste Parlament eines der schlechtesten sein wird, die je gewählt worden sind. Der Geldsack macht sich überall breit und wird die meisten Siege in Beschlag nehmen. Viele der alten Whigs wollen den Abend ihrer Laufbahn in Ruhe zubringen und ziehen sich zurück, vul. äre Geldsacks-Männer nehmen ihre Plätze ein. Die gesetzlich erlaubten Wahlkosten eines Londoner Bürger-Demokraten betragen bei der letzten Wahl 6,143 Pfd. St. Ein Unbemittelter, der sich früher um denselben Sitz beworben, sagt in einer Adresse an die Wähler, daß, da die nächste Wahl die kostspieligste sein werde, die je stattgefunden habe, so würde er sich zurückziehen und bessere Zeiten abwarten. Das nächste Parlament, sagt er, wird sich als unfähig erweisen, jene großen und schwierigen Fragen zu erledigen, welche der irischen Kirchenfrage auf dem Fuße folgen müssen, seine Lebensfrist wird daher nur eine kurze sein. Die Birminghamer Arbeiter scheinen im Begriff, ihre Absicht, einen Arbeiter-Kandidaten aufzustellen, aufzugeben. Es scheint, daß die Arbeiter den bitteren Kelch der Erfahrung bis auf den Boden leeren müssen, ehe sie zur Ueberzeugung kommen.

Nach den letzten offiziellen Berichten beläuft sich die Ausfuhr von britischen Erzeugnissen während der ersten sechs Monate dieses Jahres auf 84,000,000 Pfd. St.; 10,000,000 mehr als für das ganze Prosperitätsjahre 1851; 3,000,000 weniger als während der ersten sechs Monate des Jahres 1867. Die Krise ist daher noch nicht zu Ende. Ist sie chronisch? Es hat allen Anschein. Gewöhnlich waren Krisenjahre Zeiten, wo der kommerzielle Zinsfuß hoch stand, seit einem Jahre steht der Zinsfuß der Bank von England unter 2 Prozent. Wechsel, die sechs Monate zu laufen haben, werden unter 2 Prozent diskontirt. Die Geldleiher haben Geld im Ueberfluß; sie können es nicht los werden, und die Geschäfte gehen allgemein schlecht. Wie reimen unsere bürgerlichen Defonomisten dieses mit der Behauptung zusammen, daß jede Aufhäufung von Kapital erweiterten Geschäftsbetrieb und vermehrte Nachfrage nach Arbeit zur unvermeidlichen Folge hat?

Im Laufe der vorigen Woche hat wieder eine Versammlung — diesmal eine Arbeiterversammlung — stattgefunden, um Mittel und Wege zu finden, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. Es wurde nachdrücklich erklärt, daß es hohe Zeit sei, daß die Staatsmacht einschreite. Die Staatsmacht wird einschreiten, sobald die Arbeiter die Staatsmacht beherrschen.

Festgruß zum deutschen Bundesschießen in Wien.

Sie rügten ihre Hände in Eins und gingen dann
In einen weiten Palaß, der war gar wohlgethan,
Vor dem die Donau unten die Fluth vorüber goß,
Da saßen sie im Freien und hatten Kurzweil goß.
Aus dem Nibelungentied.

Sie hat den Festschmuck angethan, die Kränze grüner Reifer,
Verjüngt vom Lenzhauch neuer Zeit, die alte Stadt der Kaiser,
Von ihrer Mauerkrone wehn die Blumen und die Bänder,
Den Leib umfließt in Faltenpracht das reichste der Gewänder.

Sie schwingt das alte Banner hoch in makelloser Reinheit,
Das alte Schwarz-Roth-Gold ist's noch, der Hirt der Volkeseinheit;
Das rauscht ein froh Willkommen zu den Gästen, die da kommen,
Vieltausendstimmig ruft es nach in Sang und Klang: Willkommen!

Willkommen, Schützenbrüder all' aus Süden und aus Norden,
Die Ihr am Rhein, am Neckar wohnt, die an des Ostmeers Borden,
Die Ihr das Tiefland habt durchwacht, die Alpen überkommen,
Ihr Söhne deutscher Gauen all', willkommen, gottwillkommen!

Ob unter Euch viel Meilen weit der Schienenstrang geklungen
Und über mancher Grenze Pfahl sich Euer Zug geschwungen,
Ihr seid doch in der Heimath noch, im Väterhaus geblieben,
Wo Einer Mutter Kinder Eins, im Hoffen, Dulden, Lieben.

Denn Heimathgrund ist's, d'rauf Ihr wallt, und deutsche Eichen ballen
Im Schützenhain vom Nachklang bald, wenn Eure Büchsen knallen;
Deutsch ist der Strom, er brauste schon durch's Lied der Nibelungen
Und hat des Rothbarts Kreuzbeer schon in frommen Traum gesungen.

Zieht durch den Markt, Ihr fühlt Euch noch in Eures Volkes Mitte,
Und tretet in ein Haus, Euch grüßt der eignen Heimath Sitte;
Das Wort, dem unsere Jugend lauscht, ist Eurer Weisen Lehre,
Das Lied, das unser Herz berauscht, des deutschen Stammes Ehre.

Es grüßt manch Standbild deutschen Sinn's Euch rings in Stein und
Ergen,

Hier winkt Eugen, das wälsche Blut und deutsche Hefen der Herzen,
Die beiden Karle, dort und hier, die deutsche Schlachten schlügen,
Und Fürsten dieses Lands, die einst die Krone Deutschlands trugen.

Hier Joseph, den kein Herz vergißt, ein Märtyrer und Weiser,
Dort, den ein dunkler Flor umschließt, der Deutschen letzter Kaiser,
Und schon zum Ehrenmale wird das Fundament geschlichtet
Dem Sängler, der das Hohe Lied vom Schützen Fell gedichtet.

Aus theuren Gräbern rauscht empor ein Gruß von deutschen Klängen,
Beethoven's, Mozart's, Schubert's Geist ersteht in Zaubersängen,
Nicht durch den Festsaal, durch den Wald, vom Wohlklangflug getragen,
Wie durch den Dom, den deutsche Kunst hier ließ zu Sternen ragen.

Wenn Heimathblaute traut an's Ohr in Gruß und Sang Euch gleiten,
Ihr fühlt's, wie deutsch dies Land und Volk, kerndeutsch seit Urwelt-
zeiten,

Deutsch ist sein Blut, deutsch ist sein Herz, und deutsch sein Sinn
und Treiben,
Deutsch sind wir noch und wollen deutsch trotz dem und dem auch
bleiben!

Frisch braust der Geist, frisch stürzt das Wort, gleich unsern Alpen-
bächen,

Fromm sind, ja waren wir noch mehr, Ihr hörtet davon sprechen,
Daß fröhlich wir, wer wußt' es nicht, manch Büchlein ließ' sich
schreiben,

Frei wurden wir und wollen frei trotz dem und dem auch bleiben!

O daß der Freiheit Geist in Eins, was Eins sein will, auch litte!
Treu büten wir das Vätergold, die deutsche Art und Sitte,
Das Band, das solch ein Geist uns wand, kein Eisen kann's zerhauen,
Den Pfad, den sich die Liebe bahnt, kein Markstein ihn verbauen.

Zwar fällt ein bitt'rer Tropfen heut' in's Glas — doch er auch fromme!
Wer dächte nicht: was war und ist, wer sänne nicht: was komme?
Wir tragen's, wie's dem Manne ziemt, erwarten's ohne Klage,
Wir lernen schönen Schützenrost dafür vom Schützen tage:

Ein festes Ziel, das unverwandt vor unsern Augen rage,
Gesundes Herz, das voll und stark, nicht ungeduldig schlage,
Ein scharfer Blick, der kühn und klar in weite Fernen rücke,
Und ruh'ge Hand, die nicht verirrt vom ernstern Tagwerk zücke.

D'rauf stoßet an, d'aus schlaget ein! es gilt erneutem Bunde;
Der Becherschall wird Glockenball in solcher Weibestunde,
Wenn treue deutsche Männer sieh'n auf treuer deutscher Erde,
Des einen Hochgedankens voll, dem die Erfüllung werde!

„Dem deutschen Volke Ruhm und Heil!“ Aus Euren Feuerröhren
Dies Wort mein' ich im Donnerspruch als Festchoral zu hören;
D laßt sein weckend Echo nach von Herz zu Herzen zittern,
Wie im Gebirg von Berg zu Berg ein läuterndes Gewittern!
Wien, 26. Juli 1868. Anastasius Grün.

An die Leipziger Gartenlaube.

(Diese poetische Epistel, die nur den Fehler hat, nicht
scharf genug zu sein, ist den Dresdner „Seifenblasen“
entnommen, einem „Wigblatt“, welches wir unsern Lesern
das Wärmste empfehlen. Nicht demokratisch und deutsch,
hält es sich zu dem Berliner „Kladderadatsch“ ähnlich wie die
„Zukunft“ zu der Berliner „Volkszeitung“, und die vortreffliche
„österreichische Gartenlaube“ (in Graz erscheinend) zu der
„Gartenlaube“ des Herrn Keil in Leipzig. „Volkszeitung“,
„Kladderadatsch“ und Leipziger „Gartenlaube“ sind diejenigen
drei deutschen Tagesblätter, die am meisten zur Corruption der
öffentlichen Meinung beigetragen, und — unter dem Deck-
mantel demokratischer Gesinnung — am eifrigsten und wirk-
samsten für die Bismarck'sche Politik und den preussischen Par-
tikularismus und Cäsarismus gearbeitet haben, und fortwäh-
rend arbeiten. Diesen drei Blättern die demokratische Macht
abzureißen, sie in ihrer wahren Gestalt zu zeigen, ist Pflicht
unserer Parteipresse. Wir dürfen keine Verräther in unseren
Reihen dulden. D. Red. d. „Demokr. Wochenbl.“)

Stolz schwingst Du immer in erhob'ner Rechten
Das Banner, darauf „Vorwärts!“ Du geschrieben,
Und prahlst, die Freiheit treu und fest zu lieben
Und nie zu gehen mit den feilen Knechten!
Hast selbst gesammelt einst für den Verbannten,
Der von der Freiheit sang und Völkerrechten, —
Halbst einem Freiligrath um's Haupt mit flechten
Den Lorbeer, den ihm fröhlich zuerkannt!
Und dennoch sanft Du, gleich dem feigen Krieger,
Du, einst Vorkämpferin der Denkerzilde,
Anbetend nieder vor dem Götzenbilde
Und leckst die blut'gen Hände trunk'ner Sieger? —
Du — einst von der Gewalt gefürchtet und verboten
Als gold'ner Hirt für alle deutschen Geister! —
Du — Antipapst sonst, Dorn im Auge feister,
Hochmüth'ger Pfaffen, Schrecken der Zeloten!! —
Schon Jahre sind nun hin, seit's Blut geflossen
Im Böhmerwalde, hat es Frucht getragen?
Kann man im Ernst noch zu behaupten wagen,
Daß jenes Blut zu Deutschlands Heil geflossen?
Wo sind sie denn, Deutschlands Erungenschaften?
Wo sind die Früchte jener blut'gen Saaten
Und die Erfolge jener Heldenthaten
Der durch den Tod Dabinger affkten? —
Ein grauser Nothstand da und dort; Deutschland gespalten,
Verfallen der Gewalt; die Steuern blühen,
Stets höher wachsend, und vergebens mühen
Die Völker sich, den Frieden zu erhalten! —
Und dennoch jenes eitze Schlachtenpreisen —
Aufreißend nur die kaum verbarschten Wunden?!
Hast Du kein würd'ger Thema denn gefunden,
Als einzustimmen in der Schmeichler Weisen? — —

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Vollrath.
Expedition: Windmühlenstraße 14.

Hierzu eine Beilage.

Programm der Internationalen Arbeiter-Association.

(Fortsetzung.)

Indem wir zunächst unsere Anschauung mit dem Standpunkte der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen, unsere Grundsätze in Erläuterung und Verbreitung zum Gemeingute Aller zu machen trachten, wollen wir jederzeit, wo es die Verhältnisse ermöglichen, vom Idealismus zum Realismus, von der Theorie zur Praxis übergehen.

Wir wissen wohl, daß dem Umschwunge der Dinge der Umschwung der Geister — der Weltanschauung und Gerechtigkeitsbegriffe — vorangegangen sein muß, daß wir mit dem Sturze der Tyrannei ertorbter Vorurtheile, der Wegwerfung des Hemmschuhs sauler Gewohnheiten den Anfang machen müssen.

Wenn wir für das allgemeine und direkte Wahl- und Stimmrecht, als eine der vornehmsten Waffen zur Erlämpfung der politischen Emanzipation der Arbeiterklasse eintreten, so wissen wir sehr gut, daß zur richtigen Verwendung dieser Waffe, wir uns nicht selbst damit verwunden, die Rechte Keiner ihrer Handhabung and vor allen Dingen die volle Freiheit der Bewegung — allgemeine Volksbewaffnung — gehört.

Wie wir der angeblichen Nationalökonomie, aber eigentlichen Privatökonomie der Glieder der Bourgeoisie, die soziale Dekonomie, die Dekonomie des Gemeinwesens gegenüber stellen, so stellen wir unsern zu errichtenden Volksstaat, als Ausdruck des Gesamtdenkens, Wollens und Schaffens dem individualisirenden, die Gesellschaft in ihre Bestandtheile auflösenden Herrenstaat gegenüber — ja dem modernen Herrenstaat, wo Jeder sachgemäß für sein Dasein vereinzelt kämpfen muß, der Gemeinschaft sich aus Gnade annimmt, wenn er „Zeit hat“, oder nebenbei seinen Privatinteressen einen Vorschub zu leisten hofft, in den Rathsälen mehr an seine Privatpekulationen in Eisenbahnaktien, Baumwollenballen u. s. w., als ans Volkswohl denkt, lieber Bankpräsident wird, als Regierungspräsident bleibt, eher sein Talent einer Salineverwaltung verkauft, als einer Staatsverwaltung widmet, wo endlich in einem allgemeinen „sauve qui peut“ (es rette sich wer kann) Alles wild über einander stürzt, im „Kriege Aller gegen Alle“ jedes Staatswesen zur Karikatur, jede Gemeinschaft zum Schattenbild herabstinken muß, wo unsere Zustände stumpfem Chinesenthum anheimfallen müßten, wenn nicht eine regenerirende Jugendkraft die Kultur vor Untergang erretten und ihre Ererbschaften zu höheren und allbeglückenderen Glanzpunkten emporheben würde.

Diese Regenerationskraft kann aber nicht bei der durch die Zustände befriedigten, ihrem innersten Wesen gemäß konservativen Bourgeoisie, sondern nur bei dem unterdrückten nach Umgestaltung sich sehnenen Proletariat — der Arbeiterklasse — im Schooße der großen Mehrheit des Volkes gesucht und gefunden werden — ja die sich hierzu von selbst schon rüstig eingestellt hat.

Die untrüglichen Gewährschaften für die Existenz, Fortpflanzung, das Recht und die Wohlfahrt des Einzelmenschen und der Familie, so wie für den Lohn quantitativer und qualitativer Leistung ergeben sich durch die Gesamthafbarkeit aller Staatsmitglieder in engerem und aller Kulturvölker in weiterem Sinne.

Die persönliche Freiheit wollen wir nicht, wie sie der Vorstellung der Bourgeoisie zu Grunde liegt und in der heuti-

gen Gesellschaft praktiziert wird, nach dem Maße des Privatbesitzes, wobei man Geld und Gut mit Verstand und Kenntnissen, Dünkelhaftigkeit mit Ueberlegenheit, Uebervorthellung mit Berechtigung, Willkür mit Freiheit, Vornehmthuererei mit seinem Geschenke u. s. w. verwechselt, gelten lassen; sondern wir wollen jedem Menschen ohne Unterschied die gleiche persönliche Freiheit verschafft wissen, indem ihm die geistigen und materiellen Mittel geboten werden sollen, sie in Unabhängigkeit und Vernünftigkeit anzuwenden — nur zu thun, was Jedem nützt und Keinem schadet — was, weil allgerecht, auch allvernünftig und allstittlich ist und jeden einsichtsvollen Egoismus zufrieden stellen wird.

Nur wo Jeder durch materielle Unabhängigkeit so viel Freiheit wie jeder Andere ausüben kann, herrscht thatsächliche Gleichberechtigung und Allgerechtigkeit.

Wie die derzeitige Theorie der „freien Konkurrenz“ in's Praktische übersezt, Kapitalmonopolisirung heißt, so bedeutet die Bourgeoisielehre von der „persönlichen Freiheit“ die Kapitalherrschaft — Herrenfreiheit und Arbeitsklaverei — Volkstnechtschaft.

(Schluß folgt.)

Volksversammlung in Wien

(am 2. August.)

Als im Jahre 1865 zu Bremen Wien als der Ort bezeichnet wurde, an dem das dritte deutsche Bundeschießen abgehalten werden sollte, träumte wohl Niemand von dem bösen Jahre 1866, in dessen Folgen die Zerreißung Deutschlands und der Ausschuß Oesterreichs aus Deutschland liegen. Niemand ahnte, daß dieses dritte Schützenfest auf einem den Verrägen und staatlichen Verhältnissen nach nicht mehr deutschen Boden gefeiert werden würde. Niemand wußte aber auch, daß es nirgends auf so gut deutsche Weise gefeiert werden könne, als in dem Wien mit seinem tiefen deutschen Herzen und in dem belebenden Schatten des damals noch ungekannten Begriffes „deutsch-österreichischer Freiheit.“

Wenn man jemals daran gezweifelt, daß die freie Bewegung jeglichen guten Elementes in dem heutigen Oesterreich selbstverständlich sei, so dürften diese Zweifel im Verlaufe des Schützenfestes wohl vollkommen geschwunden sein. Jeder Mann hat das Recht der freien Meinungsäußerung und Niemand denkt daran, in dem massenhaften Zusammenströmen der Menschen aus allen Windrichtungen Verdächtiges oder gar Gefährliches zu erblicken; im Gegentheil ist man der Ueberzeugung, daß das Bewußtsein des eigenen Werthes durch das Kennenlernen anderer Werthe nur gestärkt und geläutert aus diesem Feste hervorgehen werde. Und daß manch Saamenkorn ins Feld geworfen wird von tüchtigen, braven Sämännern, daß man hoffen könne, es werde die grüne Saat in die Halme schließen und gute volle Frucht tragen: den Beweis scheint uns die gestrige Volksversammlung zu liefern, die zu Ehren der hier anwesenden Mitglieder der deutschen Volkspartei von hiesigen Gleichgesinnten einberufen wurde. Die Versammlung wurde in den Gartensälen des Sperl abgehalten und um 11 Uhr Vormittags eröffnet. Den Vorsch führte der Präsident des Bundeschießens Dr. Eduard Kopp, und ihm lag die

höchst schwierige Aufgabe ob, eine Versammlung von circa 3000 Menschen zu leiten und glücklich zu Ende zu bringen. Die kleine Gesellschaft guter Preußenfreunde „der deutsche Volksverein“ saßen compact Mann an Mann, ebenso 1200—1300 Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, geführt von ihren Vorständen, die um sicherer die Masse zu lenken auf der erhöhten Tribüne Platz genommen hatten.

Rings sonst im Saale vertheilt die verschiedenartigsten Bewohner und Gäste der Stadt Wien. Professor Richter hatte die Aufgabe, im Namen des Einberufungscomité's folgende Resolutionen zur Besprechung und somit Beschlußfassung als Gegenstand der Tagesordnung vorzulegen:

Resolution I: Die Versammlung verurtheilt die Zerreißung Deutschlands, insbesondere die gewaltsame Ausscheidung Deutsch-Oesterreichs, welche gleicherweise die Machtstellung und den Frieden des Gesamt-Vaterlandes, wie das Deuththum in Oesterreich gefährdet.

Resolution II: Die Versammlung protestirt gegen die Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Anektionen und fordert die durch Selbstbestimmung aller deutschen Stämme zu vollziehende Wiedervereinigung des ganzen deutschen Vaterlandes.

Resolution III: Die Versammlung spricht der auf dieses Ziel gerichteten freiheitlich-patriotischen Bestrebung der deutschen Volkspartei ihre Zustimmung aus und erklärt es für das eigenste Interesse unseres Volkes und Staates, diese Bestrebungen nachdrucksvoll zu unterstützen.

Zur Begründung dieser Resolutionen sagte Prof. Richter ungefähr folgendes:

Das Schützenfest ist der laute Protest gegen die Schöpfung vom Jahre 1866. Protest gegen den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland. Wir müssen es aussprechen, daß der Bruderkrieg vom Jahre 1866 ein Unglück für Deutschland war. Es war ein dynastischer Krieg, denn das Volk hatte ihn nicht gewollt. Im Jahre der Eitirung unserer Verfassung ist über unser Schicksal verfügt worden, wider unseren Willen. Wir sehen nun, daß das geliebte Gesamt-Vaterland in drei Stücke zertrümmert wurde, daß der Nordbund ein Sonderbund ist, und wir erkennen, daß nur ein Großpreußen, oder nur ein Großmecklenburg geschaffen worden ist, in welchem die Fundamentaltrechte eines Volkes verlegt werden, das Budgetrecht, die Redefreiheit, das Vereinsrecht verkümmern. — So wie Deutschland aber die Freiheit verloren, so hat es auch die Sicherheit des Friedens, die Voraussetzung aller geistigen und sozialen Entwicklung verloren, und das friedliche Volk, das im alten morischen Bunde eine Garantie des Friedens für Europa fand, ist jetzt ein Gegenstand des lauernden Argwohns des Auslandes und muß seine Sicherheit mit einer den geistigen und materiellen Aufschwung lähmenden, die arbeitenden Kräfte aushungernden Militärlast bezahlen. (Stürmisches Bravo.) Doch über die Zustände des Gesamt-Vaterlandes mehr zu sagen, darf ich wohl Jenen überlassen, die erfahrener sind als ich. — Ich werde als Oesterreicher nur über unsere Verhältnisse zum Mutterlande sprechen. Man hat Oesterreich, das alte deutsche Land, das bereits die Blüte abendländischer Kultur entfaltet, als ein anderes gewisses Land noch slavisch und heidnisch war, diese Heimat der Nibelungen, dieses sargreiche Oesterreich losgerissen von seinem Mutterlande, dem Lande, das Jahrhunderte lang mit dem Blute seiner Söhne die Stürme des Ostens von Deutschland abgewehrt, uns, die wir 1000 Jahre lang politisch ein Reich waren, in Ursprung, Gesittung, Denken und Fühlen deutsch sind, losgetrennt. Wir man es gemacht? Es ist kein Geheimniß, meine Herren, daß heute noch die Agitation gegen den Südbund mit preussischem Gelde bezahlt wird. (Rufe: Nicht wahr: Beifall, Lärm.) Bis zur Stunde ist ihnen nur das eine gelungen, daß Oesterreich aus Deutschland ausgeschieden ist. Aber welcher Mittel hat man sich bedient? Bundesbruch und Verrath. (Bravo, Widerspruch) Man hat Italien den Weg nach Wien gezeigt. (Stürmischer Beifall) Das Meer, das unser Lebenselement ist, man hat gesagt, nehmt Euch's mit Trieste. (Beifall und heftiger Widerspruch, furchtbarer Lärm. Der Redner muß inne halten, nach einer Pause): Sie werden das Insurgentenkörps des General Lapka nicht leugnen. (Stürmischer Beifall.) — Welcher Partei soll man sich nun anschließen? Jener, welche die Freiheit hingeworfen?

Oder der national-liberalen Partei, die weder national noch liberal ist? (Widerspruch und Beifall.) Nein, wir wollen uns der Demokratie anschließen. Geben Sie Ihre Zustimmung der Volkspartei wo sie besteht und diese müssen wir stützen, denn sie will die Freiheit, die uns allein an das Ziel unserer Wünsche führt. (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Carl Mayer aus Stuttgart, welcher mit großem Beifall begrüßt wurde, äußerte, daß dem Südwesten, der gegenwärtige Zustand noch viel unerträglicher sei als den Oesterreichern. Den südwestlichen Kleinstaaten, die nur als ein Object zur Ausgleichung von Wünschen und Ansprüchen anderer Mächte betrachtet würden, brenne die Noth auf den Nägeln, fortwährend seien sie der Einmischung des Auslandes ausgesetzt und ein solcher Zustand sei unerträglich. Er entwickelt dann das Ziel der süddeutschen Volkspartei wie kurz zuvor auf der Rednerbühne der Schützenfesthalle: ein Volksheer wie es die Schweiz besitzt, eine parlamentarische Verbindung des Südens mit dem ganzen übrigen Deutschland, und entkräftet die ewig wiederkehrende Verdächtigung von national-liberaler Seite, als stände ein Südbund im Interesse Frankreichs.

Nun kam Traber, dessen Rede in dem bedenklichen Satz gipfelte: „Nachdem, was man bis jetzt in Kurhessen erfahren sei man zu dem Resultate gelangt, daß es besser wäre, den Angehörigen zurückzuführen als länger unter dem Militärstock der Hohenzollern zu stehen und zu leiden.“ Die Versammlung schien nicht legitimistisch genug zu sein, um solche Wünsche ruhig hinzunehmen, und Traber erfuhr lebhaften Widerspruch; wahrscheinlich hatten seine Zuhörer die Ansicht, daß es, vermöge des geringeren Gefühls, das man den aufstrotzenden Fürsten entgegenbringt, zur Zeit der Noth leichter sei mit selbem fertig zu werden.

Nun wurden zwei Amendements eingebracht, deren Inhalt in die Versammlung die furchtbarste Verwirrung hereintrug, und die zu überdauern die größte Mühe nothwendig wurde.

Amendment Nr. I. von Angerstein aus Berlin eingebracht, lautete: „Die Versammlung erklärt sich mit allen Punkten des von Joh. Jacoby am 24. Mai 1868 aufgestellten Programms vollkommen einverstanden“.

Amendment Nr. II. von Oberwinder, Groß, Hartung: „Die Versammlung verurtheilt die Zerreißung Deutschlands, insbesondere die gewaltsame Ausscheidung Deutsch-Oesterreichs. — Die Versammlung protestirt gegen die Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Anektionen. — Die deutsche Frage kann vielmehr nur im Sinne der Freiheit gelöst werden durch innigen Anschluß des Volkes an die Bestrebungen der europäischen Sozialdemokratie“.

Hartung und Angerstein erklären vorerst, daß man einer Partei (der deutschen Volkspartei) (?), die kein sociales Programm habe, nicht die Anerkennung aussprechen könne.

Nun bringt das ehemalige Frankfurter Parlamentsmitglied Dr. Kolatschel den praktischen Antrag ein auf Wahl eines Ausschusses, der sich mit der Gründung und Organisation einer deutschen Volkspartei in Oesterreich zu beschäftigen hat.

(Schluß folgt).